

Solidarität mit der Hongkonger Demokratiebewegung

Bereits seit Mitte letzten Jahres finden in Hongkong Massenproteste gegen die pekingnahe Regierung, den Einfluss Chinas auf die Sonderverwaltungszone Hongkong- und Polizeigewalt statt. Die Bilder von Studierenden, die von der Polizei in der Universität eingekesselt und mit Tränengas und Gummigeschossen beschossen wurden, gingen um die Welt.

Ausgelöst wurden die Proteste durch die Einbringung des "Gesetz über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen", das ermöglichen soll, dass Verdächtige aus Hongkong nach China ausgeliefert werden können. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Verdächtigen ein gerechtes Verfahren erhalten, sondern der Willkür der chinesischen Behörden erliegen werden.

Das vorgeschlagene Auslieferungsgesetz stellt nur die Spitze des stetigen Versuchs Chinas, seine Macht in Hongkong auszuweiten, dar. Das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme", was Hongkong seine Selbstständigkeit und somit auch grundlegende Bürger:innenrechte, wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert, befindet sich durch die chinesischen Regierung massiv unter Druck.

Das von der chinesischen Regierung nun erlassene Sicherheitsgesetz erlaubt es, jegliches regierungskritisches Verhalten mit strafrechtlichen Folgen zu sanktionieren und stellt eine massive Bedrohung für Aktivist:innen der Demokratiebewegung dar.

Diese Eingriffe in die Autonomie Hongkongs verletzen geltendes Völkerrecht und stellt einen gezielten Angriff auf Bürger:innenrechte und Freiheitsrechte der Hongkonger Bevölkerung dar.

In der öffentlichen Wahrnehmung zwar etwas in den Hintergrund gerückt, finden in Hongkong auch jetzt immer noch Demonstrationen statt. Aktuell gibt es in Hongkong ein Versammlungsverbot von Gruppen mit mehr als 8 Personen, die Polizei droht mit Gewaltanwendung und bis zu 5 Jahren Haft für die Teilnahme an Demonstrationen. Trotz Repressionen der Sicherheitsbehörden und massivem Einsatz von Gewalt gegen die Demonstrant:innen stellten sich seit letztem Sommer Millionen von Menschen, darunter ein sehr großer Anteil junger Menschen, den diktatorischen Bestrebungen entgegen und kämpfen für demokratische Grundwerte und Menschenrechte.

Bürger:innenrechte weltweit verteidigen!

Bürger:innen- und grundlegende Freiheitsrechte sind unverhandelbar - Deshalb stehen auch wir als Grüne Jugend Brandenburg in der Verantwortung uns international für Bürger:innenrechte stark zu machen.

- Wir solidarisieren uns daher mit der Demokratiebewegung in Hongkong
- Wir fordern ein sofortiges Ende der polizeilichen Repression und der Polizeigewalt gegenüber Demonstrierenden!

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf in Dialog mit der Demokratiebewegung zu treten.
- Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert sich in der EU für eine kritische Position gegenüber der chinesischen Regierung einzusetzen und sich für Sanktionen dieser gegenüber auszusprechen.
- Wir beauftragen den Landesvorstand damit, regelmäßig Bildungsarbeit wie Workshops anzubieten. Außerdem fordern wir ihn dazu auf über Social Media Plattformen zu informieren und den Demonstrierenden so eine verstärkte Stimme zu geben.